

**Festrede zum 1.Mai 2006, DGB Lübeck,
Region Schleswig-Holstein Ost**

„Deine Würde ist unser Maß - den Wandel gestalten“

Peter Scherrer,
Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB),
Brüssel

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

zuerst einmal ein herzliches Dankeschön an den Deutschen Gewerkschaftsbund für die Einladung, heute, am Internationalen Tag der Arbeit, hier in Lübeck zu sprechen. Für mich ist es eine ganz besondere Freude und Ehre Ihnen/ Euch gegenüber den Europäischen Metallgewerkschaftsbund zu vertreten.

Große Namen verbindet man mit dieser über 850 Jahre alten Hansestadt. Thomas Mann, Willy Brandt und Günther Grass sind wohl die bekanntesten unter ihnen. Alle drei wurden mit Nobelpreisen ausgezeichnet. Alle drei sind weit über die Grenzen von Lübeck, von Deutschland und Europa hinaus bekannt. Das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum diesjährigen 1.Mai lautet: „Deine Würde ist unser Maß“. Sowohl Thomas Mann, als auch Willy Brandt und auch Günther Grass haben sich in ihrem politischen und künstlerischen Leben für die Würde des Menschen engagiert: Thomas Mann, der aus dem amerikanischen Exil seine deutschen Landsleute über die Untaten des Hitlerregimes aufgeklärt hat. Willy Brandt, der durch seinen historischen Kniefall in Warschau die Grundlage für die politische und menschliche Annäherung zwischen Ost und West geschaffen hat. Er hat durch diese symbolische Handlung dazu beigetragen, die deutsche Teilung zu überwinden. Günter Grass, dessen beharrliches Anliegen es ist, die Demokratie zu stärken. Der durch sein künstlerisches und politisches Engagement zum menschlichen Verständnis zwischen uns und unseren polnischen Nachbarn aufgerufen hat. Die menschliche Würde ist das höchste Gut. Wir alle sind aufgerufen, dieses wichtige Gut zu schützen und zu verteidigen.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Lübeck war immer die Stadt des Handels, sie ist aber auch eine Stadt des Wandels. Die maritime Wirtschaft hat an Bedeutung verloren. Einst war sie der ökonomische Motor für die Region um Lübeck. Der industrielle Wandel ist auch hier deutlich spürbar. Tausende Arbeiter und Angestellte fanden direkt und indirekt in der Schiffbauindustrie ihre Arbeit. Ein Opfer des industriellen Wandels - im Sinne einer unkontrollierten Globalisierung

- war die traditionsreiche Flenderwerft. Vor einigen Jahren fanden noch zahlreiche Ingenieure aus der HDW -Konstruktion hier ihre Arbeit. Der Schiffbau ist verschwunden, nur noch rund 500 Arbeitsplätze sind im Bereich der Schiffsreparaturen geblieben. Die Schifffahrt sichert heute noch über 5.600 Arbeitsplätze.

Ein bedeutendes Industrieunternehmen und einen wichtigen Arbeitgeber in Lübeck verkörpert die Firma Dräger. Über 4.000 Beschäftigte finden in ganz Deutschland in diesem traditionsreichen Familienunternehmen Arbeit. Bei der letzten Bilanzpressekonferenz konnte das Unternehmen eine Steigerung des Jahresüberschusses von 47 auf 59 Millionen Euro vorweisen. Das sind satte 26% Steigerung des Gewinns! Auf der Website der Firma Dräger wird die Leitidee des Unternehmens erklärt. Sie lautet: "Wir erwirtschaften eine Rendite von mehr als 20% (EBIT) auf das eingesetzte Kapital". Da kann man nur sagen, herzlichen Glückwunsch, dieses Ziel werden sie schon schaffen. Offensichtlich ist es auch in Deutschland möglich gute Gewinne zu machen. Gleichzeitig aber beklagt sich das Management über den Tarifabschluss bei der IG Metall: Drei Prozent Lohnerhöhung ab Juni seien ihnen zu viel. Ich sage dazu: So etwas ist eine Frechheit! Wer solche Gewinne einfährt, muss auch etwas davon an diejenigen weitergeben, die sich täglich für ihr Unternehmen einsetzen.

Die IG Metall hat in diesen Tagen einen Tarifabschluss erzielt, der sich sehen lassen kann. 3% ab Juni dieses Jahres, und für die vergangenen drei Monate gibt es eine Einmalzahlung von 310 Euro. Aber auch die Möglichkeit wurde vereinbart, dass Betriebe, die nicht über so ausgezeichnete Gewinnsteigerungen verfügen, weniger oder auch keine Einmalzahlung vereinbaren. Die IG Metall hat damit bewiesen, dass sie den individellen wirtschaftlichen Situationen der Betriebe gerecht wird. Sie hat den Unternehmen schon seit langem eingeräumt, dass in besonderen wirtschaftlichen Notlagen auch besondere Regelungen getroffen werden können. Das Märchen, dass die Gewerkschaften die Unternehmen in den Ruin treiben, gehört endgültig in die Mottenkiste der Propaganda und der Ideologen aus dem Lager der Wirtschaftsliberalen.

Zugleich werden mit dem Tarifvertrag die Realeinkommen gesichert und die Kaufkraft gestärkt. Das war in den letzten Jahren nicht immer der Fall. Während in anderen europäischen Nachbarländern Reallohnsteigerungen von 5 Prozent und mehr realisiert werden konnten, zahlt die deutsche Wirtschaft geringe Löhne und erzeugt so eine geringe Nachfrage.

Zukunftssicherung bedeutet für uns Arbeitnehmer vor allem: Mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten, selbst kreativ und flexibel neue Ideen entwickeln zu können. Die Arbeitgeber verlangen gut ausgebildete Fachkräfte. Sie sollen hoch qualifiziert sein! Ein weiteres wichtiges Element in der Tarifvereinbarung der IG Metall in Nordrhein-Westfalen ist deshalb die Sicherung von Aus – und Weiterbildung. Es

wurde das Recht auf eine persönliche Qualifizierung und Weiterbildung vereinbart. Ebenso wurde das Recht auf die Erhaltung der bisherigen Qualifizierung fortgeschrieben. Die europäischen Metallgewerkschaften haben im Oktober letzten Jahres genau diese Rechte auf Qualifizierung und Weiterbildung als gemeinsame Forderung aller 68 Gewerkschaften der Metallwirtschaft in Europa beschlossen.

Einen hohen Qualifizierungsgrad gibt es nicht umsonst, deshalb müssen sich die Arbeitgeber an den Kosten angemessen beteiligen. Sie sollten die Beschäftigten im eigenen Interesse zur Weiterbildung motivieren. Stattdessen ergibt sich jedes Jahr von neuem die katastrophale Situation, dass Tausende von Schülern keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wer gute Fachleute will, muss auch in uns investieren! Wir fordern Ausbildungsplätze für unsere Jugend! Statt Arbeitszeiten zu verlängern, muss endlich mehr für Bildung und Weiterbildung, für Forschung und Entwicklung sowie für innovative Arbeitszeitpolitiken getan werden! Das trägt zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung bei!

Nochmal kurz zurück zur Firma Dräger. Unter der Rubrik "Stellenangebote" finden sich durchaus einige Möglichkeiten im Bereich der kaufmännischen Beschäftigung. Aber unter "Produktion (gewerbliche Berufe)" steht eine klare unmißverständliche Null. Industrielle Arbeitsplätze sind Mangelware. Da ist die Firma Dräger nur ein Beispiel von vielen. Die deutsche und europäische Wirtschaft verliert industrielle Arbeitsplätze in dramatischem Tempo. Die Blasen der sogenannten "New Economy" sind geplatzt. Die Informations – und Kommunikationstechnologien haben bei weitem nicht den ungebremsten Arbeitsplatzabbau in der europäischen Industrie kompensieren können.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

eines der zentralen Probleme der Gegenwart ist die Verlagerung von Produktionsstandorten. Auch in Lübeck ist das Realität. Tagtäglich hören wir in den Medien, dass Firmen wie Ford, Opel, Electrolux, Siemens und so weiter Teile ihrer Produktion nach Osten in die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verlagern wollen. Man müsse in den so genannten "Hochlohnstandorten" drastisch die Kosten senken, heißt es. Das bedeutet auf gut Deutsch nichts anderes als Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und den Wegfall von Sozialleistungen. Bei den multinationalen Konzernen haben wir deutlich gesehen, was sich hinter dem Begriff: "Restrukturierungsmaßnahmen" verbirgt. Mehr als zehntausende von Arbeitsplätzen sollen wegfallen. Viele Tausende Beschäftigte haben bereits Abfindungen angenommen und die Werke verlassen.

Wenn es darum geht festzulegen, welches Produkt zukünftig wo hergestellt wird, veranstalten die Manager regelmäßig einen Wettbewerb zwischen den einzelnen Standorten. Wie bei einem Schönheitswettbewerb

sollen die Standorte gegeneinander konkurrieren. Bewusst werden hier Konkurrenzen zwischen den west- und osteuropäischen Produktionsstätten geschürt. Wir als europäischer Bund der Metallgewerkschaften sagen: Darauf gibt es nur eine Antwort: die Solidarität der Beschäftigten in diesen Konzernen. Wir dürfen uns nicht erpressen lassen! Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Dieses Gegeneinander-Ausspielen ist ein unerträglicher Angriff auf die Würde der arbeitenden Menschen! Hier wird mit der Angst um den Arbeitsplatz, mit der Angst vor einer unsicheren Zukunft, mit der Angst vor der Bedrohung der Existenz gespielt. Zusätzlich versuchen die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und die betrieblichen Arbeitnehmervertreter auseinander zu dividieren. Da hört man dann, dass die Betriebsräte ja ganz vernünftig sind, nur die Gewerkschaften seien nicht zu Kompromissen bereit. Auch hier zeigt sich, dass wir nur dann den Erpressungsversuchen von Arbeitgebern widerstehen können, wenn wir zusammenhalten. Die einzelnen Betriebsräte stehen häufig mit dem Rücken zur Wand. Die Reaktionen auf den industriellen Wandel können die betrieblichen Arbeitnehmervertreter und die Gewerkschaften nur zusammen mitgestalten. Die Unternehmer sind gut beraten in den Gewerkschaften nicht die Gegner zu sehen, sondern sie als gestaltende Kraft an den Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen.

Mehr als 20 Millionen Arbeitslose, davon 10 Millionen Langzeitarbeitslose, zunehmende prekäre Beschäftigung und steigende Armut empfinden wir als einen täglichen Angriff auf die Menschenwürde! Die endlosen Versuche, die Arbeitsmärkte weiter zu deregulieren, Arbeitnehmerrechte abzubauen, Löhne zu kürzen und Arbeitszeiten zu verlängern, sind kein Beitrag zu einem sozialen Europa mit mehr und besseren Arbeitsplätzen.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Vorgestern lautete eine der Überschriften der Lübecker Nachrichten: "Sie arbeiten, aber es reicht kaum, um sich und ihre Familien zu ernähren. Die Zahl der Billiglöhner steigt in Lübeck dramatisch, warnt der DGB pünktlich zum 1. Mai." Leider ist das nicht nur die bittere Realität in Lübeck. Dieser Artikel findet sich auch in englischen, französischen aber auch polnischen und slowakischen Zeitungen. Unsere Nachbarn, unsere Kolleginnen und Kollegen in Osteuropa werden genauso wie wir in einem globalen Wettbewerb unter Druck gesetzt. Diese Erfahrungen machen nicht nur Arbeitnehmer hierzulande, sondern auch in Frankreich und Italien. Und auch vor polnischen oder tschechischen Belegschaften macht das Lohndumping nicht halt.

Wir, die Gewerkschaften stehen zur europäischen Integration. Unser Ziel ist ein geeintes, freies und soziales Europa. Die EU-Erweiterung, mit der die Spaltung Europas überwunden wurde, war dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Die neuen Märkte eröffnen für Industrie und Handel in den neuen

wie in den alten EU-Ländern neue Perspektiven und bieten Chancen für weiteres wirtschaftliches Wachstum. Wenn dies aber mit dem Abbau sozialer Errungenschaften verbunden ist, sagen wir Nein. Wir wollen keinen Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Steuern, um die geringsten sozialen Standards und um die niedrigsten Löhne. Europas Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lehnen eine europäische Integration ab, die die Absenkung sozialer Standards zum Programm erhebt. Ohne soziale Dimension kann ein geeintes Europa nicht entstehen.

Weder wirtschaftlicher Erfolg noch gesellschaftlicher und sozialer Zusammenhalt sind heute noch allein national gestaltbar. Wir brauchen endlich eine wirklich koordinierte europäische Industrie – und Wirtschaftspolitik. Eine Politik, die die Voraussetzungen schafft, dass in Europa industrielle Arbeitsplätze eine Zukunft haben. Dazu brauchen wir Investitionen in die Forschung und Entwicklung. Innovationen sind das Mittel, mit dem wir auch dauerhaft auf den globalen Märkten konkurrieren können. Investitionen in Bildung, Investitionen in die Menschen, das sind die wahren Investitionen in die Zukunft. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unser wirkliches Kapital. Damit sollten wir alle würdevoll umgehen!

Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind unvermeidlich einem ständigen Strukturwandel ausgesetzt. Die Gewerkschaften ebenso wie Betriebsräte und betriebliche Arbeitnehmervertreter wollen erkennbar den industriellen und gesellschaftlichen Wandel mitgestalten. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen bei Umstrukturierungen nicht nur informiert, sie müssen angehört werden. Sie müssen konkrete Mitsprache haben und aktiv beteiligt werden.

Wir wollen ein europäisches Sozial- und Gesellschaftsmodell entwickeln, das wir einem menschenfeindlichen Kapitalismus entgegenstellen können. Das Kapital ist grenzenlos, Arbeitsprozesse sind grenzüberschreitend, deshalb kann Gewerkschaftspolitik nicht an den nationalen Grenzen stehen bleiben. Wir müssen für europäische Fragen und Probleme europäische Antworten und Lösungen finden. Dies ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass wir auch zu Hause erfolgreiche Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bin davon überzeugt, es lohnt sich für dieses Europa zu streiten, zu kämpfen und zu arbeiten. Bei allen Schwierigkeiten, Problemen und gewaltigen Herausforderungen haben wir in den letzten 60 Jahren in der Europäischen Union bewiesen, dass wir freidlich miteinander leben können. Keine andere Region auf der Welt hat es geschafft, in so kurzer Zeit, aus den Ruinen eines verheerenden Weltkrieges ein so freies, friedliches, demokratisches und soziales Miteinander zu gestalten wie wir in Europa. Europa ist eine Region in der Welt, in der der Würde des einzelnen Menschen außerordentliche Bedeutung beigemessen wird. Das

unterscheidet uns von anderen Weltregionen. Diesen Wert wollen wir erhalten. Die Würde des Menschen ist der Massstab für unser Handeln. Das dies so bleibt, dafür lohnt es sich einzusetzen. Darum bitte ich auch Euch.

Glück auf!